

Prof. Dr. Hans Wiesmeth

Podiumsdiskussion, 19. November 2010

Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

Deutschlands Energiewirtschaft im internationalen ökologischen Kontext

Deutschland befindet sich – in Bezug auf die weitere Entwicklung der Energiewirtschaft – in einem nicht unbedenklichen Alleingang. Dies kann durch folgende Fakten belegt werden:

Der Primärenergieverbrauch soll in den kommenden 20, 30 oder 40 Jahren substantiell in Richtung erneuerbare Energien gedreht werden. Hierzu benötigen wir aus rein technischen Gründen Abstimmungen über Transitnetze und Speicherreserven, zumindest in der EU. Allerdings ist der Energiemarkt der EU mehr denn je von nationalen Energieinteressen geprägt.

Des Weiteren fehlen verlässliche Abkommen auf internationaler Ebene. Kyoto I hat in Bezug auf die Reduktion der globalen CO₂-Emissionen nichts oder fast nichts gebracht – wenn man einmal davon absieht, dass das Thema „Klimawandel“ dadurch zumindest ins öffentliche Bewusstsein gelangt ist. Kyoto II – nun, wir werden sehen.

Trotz der geplanten Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke um durchschnittlich 12 Jahre, die auch – durchaus legitim – steuertechnisch motiviert ist, gibt es keinerlei Abstimmung mit den Nachbarstaaten in Bezug auf die weitere Nutzung der Kernenergie.

Die Bedeutung dieser Abstimmungen ergibt sich aus den Zielsetzungen der Energiepolitik. Was sind eigentlich die Zielsetzungen der deutschen Energiepolitik?

Wenn wir, als ein erstes mögliches Ziel, auf die Kernkraft aus Sicherheitserwägungen heraus verzichten wollen, dann sollten wir berücksichtigen, dass rund um Deutschland herum Kernkraftwerke in Betrieb bleiben werden und sogar neue geplant und gebaut werden. In China sind in der gegenwärtigen Dekade offenbar 25 Anlagen im Bau bzw. in der Projektierung. Wir in Deutschland, bis vor kurzem noch in der Weltspitze, werden in absehbarer Zeit die Kompetenz zum Bau und zum Betrieb von Kernkraftwerken und zur Lagerung von Kernbrennstoffen verlieren, zumindest wird sie uns nicht mehr abgenommen werden, ähnlich wie bei der Magnetschwebbahn. Ob das bezüglich der Sicherheit so gut ist in Hinblick auf die Aktivitäten um uns herum, wage ich zu bezweifeln.

Wenn wir, als zweites Ziel, die Reduzierung der CO₂-Emissionen im Auge haben, um dem Klimawandel vorzubeugen, so helfen unsere momentanen Bemühungen dabei nicht. Das Öl oder das Gas, das wir nicht verbrennen, wird in Ländern wie China oder Indien verbrannt und trägt dort zum Klimawandel bei. Die Kohle, die wir aufgrund unserer energiepolitischen Anstrengungen nicht zur Stromerzeugung benötigen, wird über den europäischen Zertifikatehandel indirekt anderen Mitgliedsländern der EU zur Verfügung gestellt, sogar mit einem reduzierten Preis für die Zertifikate. Insgesamt stehen wir in Deutschland mit unseren knapp 900 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr dem Klimawandel hilflos gegenüber, wenn nicht beispielsweise China mit ca. 7 Mrd. Tonnen eingebunden werden kann. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass die pro-Kopf-Emissionen in Deutschland um den Faktor 2,5 höher sind als in China.

Wollen wir schließlich, als weiteres Ziel, unsere Energiewirtschaft umstrukturieren, um „erster“ zu sein, bis andere Länder nachziehen, also um einen „First-Mover-Advantage“ zu haben, oder um einfach unabhängig zu werden vom Import von Öl oder Gas aus politisch wenig stabilen Ländern, so müssen nicht nur Offshore-Windkraftanlagen gebaut werden, sondern auch die nötigen neuen Leitungen gelegt und Speicherreserven in Deutschland und in Europa aufgebaut werden. Der Widerstand aus der Bevölkerung heraus wird diesbezüglich zunehmen, genauso wie der Widerstand gegen Lagerstätten für abgeschiedenes CO₂ (Carbon Dioxide Capture and Storage) sich schon jetzt aufbaut – siehe Schleswig-Holstein. Darüber hinaus sollten wir nicht vergessen, dass wir nach dem Umbau der deutschen Energiewirtschaft auf den Import von Strom angewiesen sein werden. Schätzungen gehen bis zu 30 % des deutschen Verbrauchs.

Die Energiewirtschaft Deutschlands, aber bis zu einem gewissen Grad auch die der aufstrebenden Schwellenländer, wird in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich davon abhängen, wo wir mit unserem derzeitigen energiepolitischen Alleingang landen.